

Freie Ärzteschaft

Eskalation der Proteste nötig: mehr Widerstand! Keine Termine vom 19. bis 23.03.2007 in deutschen Praxen!

Kommt das Gesundheitsreformgesetz ohne wesentliche Verbesserungen für die Ärzte, muss die ambulante medizinische Versorgung der Republik mindestens für eine Woche lahm gelegt werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die wohnortnahe Versorgung durch Haus- und Facharzt hat mit der Gesundheitsreform keine Chance mehr. Dies bedeutet für viele von uns den Verlust ihrer Existenz, den völligen Verlust der Würde des Arztberufes, für die Bevölkerung Wartelistenmedizin wie in England und den Niederlanden, für unsere Mitarbeiter den Arbeitsplatzverlust. Die Hebel sind langfristig angesetzt. Das Arzt-Patienten-Verhältnis und Vertrauen wurden und werden systematisch untergraben. Die E-Card mit zentraler Datenspeicherung ist nur ein Beispiel. Die medizinische Versorgung wird zunächst verstaatlicht, später werden weite Bereiche von Kapitalinvestoren übernommen. Diese Reform hat zentrale gesamtgesellschaftliche Bedeutung und ist ein Meilenstein auf dem Weg in die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Kleine Detailkorrekturen werden den eingeschlagenen Weg in die Verstaatlichung und die faktische Abschaffung der Freiberuflichkeit nicht verhindern.

Diese Gesundheits"reform" muss verhindert oder boykottiert werden.

Die Aktionen – Aufklärung der Kollegen, der Bevölkerung, Medien und Abgeordneten – müssen kontinuierlich weitergehen. Aber: Der Protest braucht eine neue Dimension.

Wird die Gesundheitsreform mit dem "Wettbewerbsstärkungsgesetz" vom Bundestag verabschiedet, bleiben flächendeckend in der ganzen Republik die Praxen im Rahmen eines eskalierenden Gesamtkonzepts für eine Woche vom 19. bis 23. März 2007 geschlossen. Das Gesamtkonzept wird mit MEDI Deutschland und dem Bundesverband der Ärztenossenschaften abgestimmt. Bereiten Sie Ihre Praxen darauf vor. Vergeben Sie für diese Woche keine Termine. Halten Sie sich bereit für neue, wirksame Aktionen.

Der Öffentlichkeit wird so demonstriert, was sie erwartet, wenn das Gesetz die freiberuflichen Praxen zerstört hat. Wenn das System uns mit Füßen tritt und zu zerstören versucht, müssen wir uns wehren. Jeder muss sich ernsthaft mit den Chancen befassen, die ein Verlassen des Systems uns bieten kann. Der Verbleib in diesem System ist jedenfalls tödlich. Weil die KVen unsere Interessen weder vertreten können noch dürfen, müssen wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Bei der Abstimmung im Bundestag muss das Parlament wissen, dass die deutschen Ärzte den eingeschlagenen Weg in die Staatsmedizin ablehnen und bereit sind, ihn mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Der Staatsapparat in Berlin verselbstständigt sich in purer Machtarroganz einer Koalition der Unvernunft und führt das Gesundheitswesen in ein Chaos. Die Ärzte sind mit ihren Forderungen nicht allein. Der Protesttag 04.12.2006 wurde in enormer Breite unterstützt. Dabei waren Selbsthilfegruppen, Pflegeberufe, Krankenhausgesellschaft und viele andere. Wenn der bisherige Protest nicht reicht, muss er verschärft werden.

Mit kollegialen Grüßen

Der Vorstand der Freien Ärzteschaft

Martin Grauduszus, Hans-Peter Meuser, Peter Loula,

Ewald Proll, Wieland Dietrich

<http://www.freie-aerzteschaft.de>

<http://www.zulassungsverzicht.de>

<http://www.protesttag.de>

<http://www.facharzt.de>

V.i.S.d.P.: M. Grauduszus, Bergstr. 14, 40699 Erkrath,

Tel. 02104/138 59 75, Fax 44 97 32, mail@freie-aerzteschaft.de